

EntschlieÙung des 7. Bundesparteitages der FDP in Würzburg, 1956

1. Die Freien Demokraten sind aus der Auseinandersetzung mit den koalitionswidrigen Methoden der Bonner Regierungsführung und mit den Sonderbestrebungen der ausgeschiedenen Abgeordnetengruppe ungespalten hervorgegangen. Es gibt nur eine einzige deutsche Partei mit freiheitlich demokratischer Überlieferung und Zielsetzung. Auch außerhalb der Regierungsverantwortung setzen die Freien Demokraten ihren Weg in unbedingter Treue zu den Grundsätzen, die ihr Handeln während der letzten sieben Jahre bestimmten, fort. Als Partei, die in der freiheitlichen Idee den unverzichtbaren Grundzug für das Zusammenleben der Völker, für die Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und für die Entfaltung des Menschen erblickt, hebt sich die Freie Demokratische Partei sowohl von der Unduldsamkeit starrer Weltanschauungsparteien wie von der Unverbindlichkeit voraussetzungsloser Opportunisten scharf ab. Allein gestützt auf die überzeugende Kraft ihres Gedankengutes und ihrer Haltung und ungebunden durch Absprachen nach irgendwelcher Seite erwarten die Freien Demokraten die koalitionspolitische Entscheidung des Jahres 1957 von ihrem Volk als der höchsten Instanz des demokratischen Staates. Sie behalten sich deshalb ihre eigene Entscheidung vor bis zum Morgen nach der Wahl.

2. So lange Deutschland geteilt sein wird, halten die Freien Demokraten die Wiedervereinigung für die dringlichste Aufgabe der Nation, – nicht nur um Deutschlands, sondern um der Friedensordnung in der Mitte Europas willen. Es muß das Bestreben einer einheitlichen Außenpolitik werden, auf dem Boden der Pariser Verträge einen deutschen Beitrag zur Wiedervereinigung zu erarbeiten und eine Verständigung der Vier Mächte über einen Status Deutschlands zu befürworten, der auf demokratischen Freiheitsrechten und auf wirksamen Sicherheitsverpflichtungen ruht. Die Freien Demokraten lehnen jedoch eine rein außenpolitische Betrachtungsweise der Wiedervereinigungsfrage ab, weil sie zu einer verhängnisvollen Untätigkeit verleitet. Getreu dem Auftrag des Grundgesetzes, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, hält es die Freie Demokratische Partei für ihre vornehmste Pflicht, den Einheitswillen unseres Volkes wachzuhalten und zu einer unaufhaltsamen politischen Kraft werden zu lassen. Die Einheit darf niemals der Preis für die Freiheit werden, wie auch die Freiheit niemals der Preis für die Einheit sein darf!

3. Die Freien Demokraten bekennen sich erneut zu der von ihnen seit ihrem Bestehen konsequent vertretenen Politik der freien, sozialverpflichteten Marktwirtschaft. Sie weisen auf die Gefahren hin,

die der Wirtschaftsentwicklung durch – die ständige Zunahme der Staatsausgaben als Folge einer verfehlten Steuerpolitik, den Widerstand der Regierung gegen eine Reprivatisierung des umfangreichen Erwerbsvermögens des Bundes und durch das Anstreben eines supranationalen Dirigismus in der europäischen Energiewirtschaft entstehen durch die Bevorzugung von Staats- und Kommunalbetrieben gegenüber konkurrierenden Privatbetrieben – und sie fordern eine vernünftige Koordinierung aller wirtschaftspolitischen Teilbereiche im Sinne einer „Wirtschaftspolitik aus einem Guß“. Sie wenden sich gegen eine zunehmende „gezielte“ Verteilung zuviel entnommener Steuermittel und fordern echte Steuersenkung und eine Vereinfachung des Steuersystems. Sie werden sich verstärkt dafür einsetzen, daß die unternehmerische Betätigung der öffentlichen Hand auf das im allgemeinen Interesse notwendige Maß eingeschränkt wird und erstreben eine europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit im Geiste der Freizügigkeit. Die Eingliederung der Flüchtlinge in das Wirtschaftsleben bleibt eine unübersehbare Aufgabe.

Das Problem der Stellung der Landwirtschaft in der Marktwirtschaft kann auf die Dauer weder auf dem Wege billiger Kompromisse noch auf dem eines ratlosen Protektionismus gelöst werden. Vielmehr müssen dynamische Lösungen gefunden werden, die die Landwirtschaft bei Anwendung gleicher Lohn- und Rentabilitätsgrundsätze real an die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft anschließen. In diesem Sinne der Wahrer der legitimen Interessen des westdeutschen Bauerntums im Rahmen der Gesamtentwicklung zu sein, ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Freien Demokraten.

4. Die Freien Demokraten fördern die Wettbewerbswirtschaft nicht um die Eigentumsprivilegien bestimmter Schichten aufrechtzuerhalten, sondern um die größte wirtschaftliche Leistung für die Gesamtheit zu erzielen. Sie sind daher allen Bemühungen gegenüber aufgeschlossen, die Verteilung des Sozialprodukts unter Förderung der privaten Eigentumsbildung immer wieder im Sinne eines gerechten Anteils aller Schaffenden nach dem Ausmaß ihrer Leistung neu zu durchdenken.

Die Freien Demokraten bekennen sich zu einer aktiven Sozialpolitik, die auch den sozial Schwachen frei macht. Sie fordern die Ausweitung der nunmehr endlich geplanten Rentenreform zu einer umfassenden Sozialreform unter Einbeziehung des gesamten Sozialleistungssystems. Sie werden sich für sozialpolitische Lösungen einsetzen, die den berechtigten Anliegen der Rentner gerecht werden, ohne Gefahren für die Stabilität der Währung zu verursachen. Die Freien Demokraten weisen darauf hin, daß eine gute Sozialreform nicht nur eine Neuordnung des sozialen Leistungssystems beinhalten darf, sondern auch eine Reform der sozialen Gesinnung und des sozialen Gewissens.

Zitiert nach: Peter Juling, Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969, Meisenheim 1977, S. 144ff.